

November 1931 festschrieb die Lebenslage der sächsischen Textilarbeiter wie folgt:

„Welcher verantwortungsbewusste Mensch hält auch nur die geringste Herabsetzung dieser Lebensbezüge für tragbar? ... Die heutigen Lohnverhältnisse in der Textilindustrie erinnern an diejenigen zur Zeit der schrecklichen Weberaufstände. Damals hat man die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben. Will man heute daselbe tun?“

Die DVB-Bürokratie macht tabifale Mandate und erläßt: Eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ist unvorstellbar. Der DVB wird nichts unversucht lassen, den Spruch zu Fall zu bringen. Nach der Niederlegung der betrieblichen Streiks schreibt die Gausleitung des DVB in einem Flugblatt:

„Wir fragen vor dem Gewissen der gesamten sozialisierten Welt an, daß für die sächsische Textilarbeiterchaft das Hungern durch einen staatlichen Zwangssatz verordnet worden ist.“

Der muß festgestellt werden, daß das Hungern durch einen staatlichen Zwangssatz, d. h. Verbindlichkeitsklärung des Lohnabwärtungsanspruches erst möglich wurde durch den Verrat der DVB-Bürokratie an den sächsischen Textilarbeitern.

Heute stehen die Textilarbeiter vor derselben Situation wie im vergangenen Herbst. Die Unternehmer wollen in Sachsen ein Exempel statuieren. Die Auflockerung des Tarifvertrages soll praktisch durchgeführt werden.

Nach den Plänen der Unternehmer und ihrer sächsischen Regierung soll im Tarifvertrag den Unternehmern das Recht eingeräumt werden, die Löhne nach der „Leistungsfähigkeit des Einzelnen“ und nach der „Wirtschaftlichkeit des Betriebes“ festzusetzen. Das bedeutet, daß die Unternehmer nach Belieben die Löhne in den Betrieben kürzen können. Das bedeutet teilsweise Auslieferung der Textilarbeiter an die profitgierigen Unternehmer.

Die Unternehmer wollen einen Tarifvertrag, der die Arbeiter noch mehr schließt als bisher und der ihnen eine noch brutaleren Willkür ermöglicht als bisher. Willige Entreichung der Arbeitermacht, „Unternehmerfreiheit“ heißt sächsische Diktatur.

Der Lohnkampf in der sächsischen Textilindustrie ist deshalb nicht nur eine Angelegenheit der Textilarbeiter, sondern eine Frage, die die gesamte Arbeiterchaft betrifft. Schlingt es den Unternehmern, den neuen Lohnvertrag in der sächsischen Textilindustrie nach ihren Plänen zu gestalten, so ist der Anfang gemacht für die Einführung sächsischer Tarifverträge für alle Industriezweige. Aber die letzten Erfahrungen zeigen uns, daß auch die reformistischen Gewerkschaftsführer gar nicht daran denken, den Tarifvertrag mit allen Mitteln zu verteidigen. Für die Landarbeiterchaft in Sachsen-Anhalt haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Großagariern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der die Autobesitzer berechtigt, für einen großen Teil der Arbeiter die Löhne willkürlich zu diktiert. In dem Tarifvertrag wurde eine Bestimmung aufgenommen, die besagt, daß für nicht „vollwertige“ Arbeitskräfte, die ausschließlich bis zu vier Wochen eingestellt werden, sowie für Unterhaltungs- und Arbeitslose, die auf Antrag der Gemeinde beschäftigt werden, die Löhne in „freier Vereinbarung“ festgelegt werden können. Damit haben die Unternehmer die tariflich vereinbarte Möglichkeit erhalten, die Löhne für diese Arbeiter noch unter das Niveau der vereinbarten tariflichen Hungerlöhne zu senken.

Mit der Politik des „kleineren Übels“ — lieber einen sächsischen Tarifvertrag als gar keinen — wird die Gewerkschaftsbürokratie auch in diesem Falle verfahren. Die Arbeiter vom Kampfe für die Verteidigung ihrer Löhne und Rechte abzuhalten.

Auf die KGO steht deshalb im besonderen die Aufgabe, den Kampf der Textilarbeiter mit allen verfügbaren Kräften zu organisieren. Unter den Vorwänden:

- Keinen Kleinen Lohnabbau!**
 - Gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages, der betrieblichen Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplätze!**
 - Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit!**
- gilt es, den letzten Arbeiter im Betrieb zu mobilisieren und für den Kampf zu gewinnen. Das legt aber voraus: Aktivierung der Betriebsgruppen der KGO, Mobilisierung aller Arbeiter in den Betrieben, von innen durch die Betriebsgruppe und von außen durch die KGO, Erwerbslosenorganisation und aller übrigen Massenorganisationen, praktische Unterstützung der Betriebsgruppen durch die leitenden Organe der KGO, Abhaltung von gut organisierten Delegiertenversammlungen, Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen, als wirkliche Einheitsfrontorgane mit einer Massenbasis, Streikbeschlüsse gegen Lohnabbau und Tarifverschlechterungen in allen Textildistrikten, Stellungnahme zum Kampf der Textilarbeiter in den anderen Betrieben, Metall, Gemeinde usw., Annahme von Solidaritätserklärungen, sofortiges Abhalten von Erwerbslosenversammlungen, in denen sich die Erwerbslosen mit den Textilarbeitern solidarisch erklären. Die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften muß in den Betrieben, in Organisationsversammlungen zum Aufbau des Bezirkskomitees der KGO und der Landesleitung der Industriezweige Textildistrikte, Stellung nehmen. Sie appelliert an alle ehrlichen, kampfgewillten Kollegen im DVB, besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter, sofort die Einberufung von Mitgliederversammlungen des DVB zu erzwingen und den Kampf zu organisieren. Die gesamte gewerkschaftlich organisierte Textilarbeiterchaft muß den gemeinsamen Kampf der Textilarbeiter — ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit — mit aktivem Einschluß aller Unorganisierten organisieren und durchführen. In jedem Ort ein Solidaritätsaus-schluß zur Organisation und Unterstützung für den Kampf der Textilarbeiter. Es ist keine Zeit zu verlieren! Alle Kräfte ans Werk! Die kämpfende Einheitsfront wird die Abbaupläne der Textilunternehmer verhindern!

Gewerkschaftsversammlung verboten

Berlin, 16. August 1932. (Eig. Drahtbericht). Eine zu gestern abend angelegte Monatsversammlung des Deutschen Arbeiter-Berandes wurde von der Polizei ohne Angabe von Gründen verboten. Als die Kollegen um 10 Uhr in das Versammlungsgelände gehen wollten, wurde ihnen von Polizeikräften erklärt, daß die Versammlung verboten sei. Die reformistischen Gewerkschaften brachten die freche Lüge aus, daß das Verbot „auf Verlangen der KGO zurückzuführen“ sei. Auf der Straße bildeten sich große Demonstrationen, in denen die Arbeiter empört das Verbot distanzieren.

So weit ist es alles schon, daß sich reformistische Gewerkschaften nicht mehr ihre Mitgliederversammlungen abhalten können. Aber die Gewerkschaftsführer führen keinen Finger gegen die Reaktion, sondern füllen ihre Zeit mit der Dege gegen die KGO, Gewerkschaften, Betriebsarbeiter, kämpft mit und trägt die nationalsozialistische Aktion in die Betriebe!

Paris, 14. August 1932 In Paris hat die Streikbewegung gegen die kapitalistische Nationalisierung und die Erhöhung ihrer Löhne in den Betrieben, auch die Streikbewegung von Reims haben gegen die Rückgängigmachung ihres Arbeitsvertrages den Gewerkschaften vorgelebt.

Rhein-Ruhr-Bresse der KPD verboten!

Neun kommunistische Zeitungen wegen Kritik der Papenschen Notverordnung mundtot gemacht. Antwortet mit verstärkter Bressewerbung

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Fuchs, hat die gesamte Rhein- und Ruhrpresse der kommunistischen Partei für die Zeit vom 15. August bis 21. August verboten. Das Verbot erfolgte wegen der Stellungnahme zur der Notverordnung der Papensregierung.

Von dieser Maßnahme des Reichspräsidenten der Papensregierung sind das Ruhr-Sch. Bl., Westfälischer Kämpfer, Dortmund, Niederheinische Arbeiterzeitung, Duisburg, Freiheit, Düsseldorf, Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Bergische Volksstimme, Remscheid, Sozialistische Republik, Köln, Arbeiterzeitung, Aachen und Volksstimme Koblenz betroffen. Außer den Zeitungen der KPD Westdeutschlands wurde auch das Thüringer Volksblatt auf zehn Tage verboten.

Das Zentralorgan anderer Partei, die Rote Fahne, erhielt eine Androhung des Berliner Polizeipräsidenten auf ein Verbot für die Dauer der „gelegentlichen Höchstgrenze“.

In der Begründung zum Verbot des Thüringer Volksblattes heißt es, daß in Nummer 168 vom 6. August in einem Artikel „Krieg dem imperialistischen Kriege“ Ausführungen enthalten seien, die lebenswichtige Interessen des Staates gefährden.

Die in diesem Artikel gedruckten Angaben über Waffen- und Munitionsherstellung in Thüringer Betrieben und über Einstellung von Nazis in Waffenbetrieben werden als „unwahre Behauptungen und entstellte Tatsachen“ bezeichnet.

Die gesteigerte Verbotskampagne gegen die Presse der einzigen antifaschistischen Partei soll die Ausbreitung der Nazis der Arbeiterchaft hemmen, verhindern, daß die Arbeiter in den Fabriken, die Erwerbslosen an den Stempelstellen in nationalsozialistischer Aktion gegen den Hunger der Bourgeoisie, gegen die kapitalistische Diktatur kämpfen. Antwortet auf die Verbotsmaßnahmen mit verstärkter Werbung für eure Presse.

Kragt die antifaschistische Betriebsbewegung aus und sorgt dafür, daß jeder Betriebsarbeiter Kämpfer der Arbeiterchaft wird, die seine Waffe ist im Kampf gegen Lohnraub.

Naziführer von der eigenen SA ermordet

Wieder einer, der als Opfer von „Rot-Mord“ gefeiert, aber von den eigenen Leuten gemeuchelt wurde. Schamlose Hebe der Hitlerpresse entlarvt

In Verlaufe der letzten Woche konnten wir mehr als einmal berichten, daß eine Reihe Nazis von ihren eigenen Leuten ermordet wurden, oder aber einem Unfall zum Opfer fielen, um dann als Opfer „marxistischer Unternehmungen“ gepriesen zu werden. Jetzt ist wieder eine der übelsten Heubomben der Nazipresse geplant.

In Ellendorf b. Wachen wurde in der Nacht vom 28. auf 29. Juli der SA-Scharführer Joachim Kallis, der zu einer nationalsozialistischen Kibelkolonne gehörte, erschossen. Die nationalsozialistische Presse und Agitationsredner wählten den Fall zum Anlaß einer maßlosen Hebe gegen die Kommunisten. Der Angriff, des Berliner Organ der Hitlerpartei, schrieb unter der weitläufigen Überschrift: „SA-Mann Kallis gemeuchelt. Mischen im Zeichen der Trauer. Adolf Hitler gegen den roten Brandherd.“

Schwarz umflort hatten die Hakenkreuzbanner. Schwarze Trauerbinden trug die SA. Vor wenigen Stunden haben die Kommunisten den Scharführer Joachim Kallis aus dem Hinterhalt erschossen. Trauern, nur wenige Minuten vor Mitternacht, schickte eine rote Blattnote die Stelle, an der Kallis für sein Vaterland und für seinen Führer fiel. ... Stundenlang hatte das rote Heiland der Kommune und der Eisernen Front sich in einem Hagenfeld auf die Dauer gelegt, um einen der unigen abzutunten.

Die ganze nazifreundliche Presse berichtete in ähnlicher Aufmachung, 13 Kommunisten aus Ellendorf wurden unter dem Verdacht, die Täter zu sein, verhaftet. Die Untersuchung führte aber zu einem aufsehenerregenden Ergebnis.

Am 13. August teilte die Kriminalpolizei mit, daß sich der Verdacht gegen die verhafteten Kommunisten nach den inzwischen angelegten Ermittlungen nicht bestätigt habe. Die 13 Kommunisten sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Wie weiter amtlich mitgeteilt wird, haben die von der Staatsanwaltschaft und Landeskriminalpolizei Wachen angelegten weiteren Ermittlungen zur Festnahme einer Anzahl schwarzer SA-Deute geführt. Nach dem augenblicklichen Stand der Vernehmungen konnte

also erwiesen angesehen werden, daß Kallis das Opfer eines Verstoßes geworden sei und von einem schwarzen SA-Mann, der der Ellendorfer Kibelkolonne der NSDAP zum Schutz folgte und in dem ihm unbekanntem Kallis offenbar einen Parteigenossen vermutete, erschossen wurde.

Mit dieser amtlichen Mitteilung ist wieder ein „Rotmord“ schamlos gründlich entlarvt. Für die nationalsozialistische Worthege ist dieser Vorfall des Falles um so unangenehmer, als sie gerade ihn zu einer besonders widerlichen, niederträchtigen Stimmungsmache gegen die Kommunisten mißbrauchten. Der Angriff brachte mit der oben zitierten Hebung über den Tod des SA-Mannes Kallis auf der einen Seite des Blattes auch folgende Schilderung über einen Besuch bei der Witwe des Ermordeten:

„Bei der Witwe Nur wenige hundert Meter von der Mordstelle entfernt, lebt das kleine Häuschen, in dem Kamerad Kallis mit seiner jungen Frau und seinem zwijährigen Söhnchen wohnte. Trauerlos schaut uns ein schmalcs bleiches Frauenantlitz entgegen. Das kleine Söhnchen zu Füßen der Mutter, lächelnd und spielend mit seinen Spielzeugfiguren, so kann man sich nicht vorstellen, daß es vor Stunden seinen Vater für immer verloren hat.“

So schamlos mißbraucht die gewissenlose nationalsozialistische Journalistik die natürlichen Empfindungen der Trauer und des Schmerzes der Opfer ihrer Worthege, so gemächlich peitscht der Nationalsozialismus die Kacheln seiner SA auf.

Das schmale, bleiche Frauenantlitz, das kleine Söhnchen, das seinen Vater für immer verloren hat, sie werden zu ergreifenden, aufstrebenden Anklagen gegen die braunen Worthegen und die gewissenlose Worthege in den Büros und Redaktionen der Hitlerpartei.

Die Geschichte der Ermordung des SA-Mannes Kallis durch SA-Mitglieder in Stadt und Land bekannt werden als warnendes und aufstrebendes Beispiel für die nationalsozialistische Verlogenheit, Worthege und Heuchelei.

14 Tage SA-Mord und -Terror

9 Tote - 23 Schwerverletzte - 83 Bombenattentate und Feuerüberfälle auf Wohnungen und Arbeiterlokale

In der Zeit vom 31. Juli bis 13. August wurden durch SA- und SS-Banden 9 Arbeiter gemordet

- Kommunist Sauff in Königsberg im Bett erschossen**
- Reichsbannermann Simsch in Nessiedel durch Kopfschuss getötet**
- Reichsbannermann Hoffmann in Kipper bei Görlitz vor seiner Wohnung erschossen**
- Kommunist Kugler in Stuttgart auf offener Straße erschlagen**
- Reichsbannerrführer Kotzen in Lötzen von hinten erschossen**
- Reichsbannermann Betz in Holthausen aus Fenster seiner Wohnung gelockt und zusammengeschossen**
- Ein freigewerkschaftlicher Arbeiter in Zweibrücken mit Steinen erschlagen**
- Der parteilose Arbeiter Engelbert Reutner in Dortmund aus einem Auto heraus erschossen**
- Kommunist Pletschuch in Potemba aus dem Bett geholt und erschossen.**

In diesen Gemordeten ist als Zehnter der SA-Mann Kallis in Ellendorf zu zählen, der „irrtümlich“ von seinen Kameraden erschossen wurde, weil diese ihn für einen Antifaschisten hielten.

In derselben Zeit wurden 23 antifaschistische Arbeiter bei nationalsozialistischen Überfällen durch Schüsse, Stiche und Schläge schwer verletzt.

Das ist das wahre Gesicht der Hitlerpartei!

Arbeiter, Antifaschisten! Durchkreuzt die Pläne des Faschismus! Tragt in die Betriebe und Stempelstellen die antifaschistische Aktion. Schafft überall roten Massenwiderstand!

Macht die Betriebe zu Bollwerken gegen den Faschismus!

83 Bombenanschläge und Feuerüberfälle hat die SA und SS in zwei Wochen auf Arbeiterwohnungen, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale, Zeitungen, Konsumvereine usw. durchgeführt.

Warum und wozu? Um Hitler an die Macht, an Posten und Pfründen zu bringen und der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Hungerpläne zu erleichtern.

Mi Arbeiter Nacht die

Trotz der zweiten Arbeiterkammer Rolla Kampfkongreß 27. August in Dies zeigt

ausgeführt mit

als Kenn

öffentlich

Selbst

in Schatten

Copyright

Mike P



Copyright

Copyright

Copyright

Copyright